Unterrichtung

Hannover, den 07.11.2024

Die Präsidentin des Niedersächsischen Landtages
- Landtagsverwaltung -

Queerfeindlichkeit hat in Niedersachsen keinen Platz - Sicherheit, Sichtbarkeit und Akzeptanz für queere Menschen!

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 19/1614

Beschluss des Landtages vom 17.04.2024 - Drs. 19/4064 - nachfolgend abgedruckt:

Queerfeindlichkeit hat in Niedersachsen keinen Platz - Sicherheit, Sichtbarkeit und Akzeptanz für queere Menschen!

Beim Christopher Street Day (CSD) 2023 in Hannover demonstrierten mehr als 15 000 Menschen für die Rechte und die Gleichstellung von LSBTIQ*-Personen. Im Umfeld der Veranstaltung sowie des CSD Straßenfestes am Folgetag kam es zu mehreren Angriffen auf Teilnehmende der Veranstaltungen. Zwei junge Menschen, die zuvor an der Demonstration teilgenommen hatten, wurden im Bereich des Hauptbahnhofes von Unbekannten beleidigt, bestohlen und verletzt. Einer der beiden, ein 17-jähriger Trans-Jugendlicher, erlitt infolge von Schlägen und Tritten gegen den Kopf derart schwere Verletzungen, dass er im Krankenhaus behandelt werden musste. Auch andere Teilnehmende des CSD berichteten von Beleidigungen und sexuellen Belästigungen - die Polizei ermittelt.

Die aktuellen Vorfälle im Umfeld des CSD Hannover und auch der tragische Tod eines Teilnehmenden beim CSD in Münster im Jahr 2022 zeigen, dass queere Personen in Deutschland nach wie vor Ziel von Anfeindungen bis hin zu gewaltsamen Angriffen sind und ihre Sicherheit immer wieder gefährdet ist.

Auch insgesamt haben Angriffe und Gewalttaten gegen queere Personen in den vergangenen Jahren zugenommen. Diese Entwicklung bestätigen nicht nur die Fallzahlen zur politisch motivierten Kriminalität, sondern ebenso die zahlreichen Berichte betroffener Personen. So wurden im Jahr 2022 in Deutschland insgesamt 417 Delikte erfasst, die dem Feld der „Geschlechtsbezogenen Diversität“ zuzuordnen sind, und 1 005 Straftaten, die aufgrund der sexuellen Orientierung von Menschen ausgeübt wurden. In beiden Kategorien gab es im Gegensatz zu den Vorjahren einen starken Zuwachs, so auch in Niedersachsen. Die Dunkelziffer wird auf ein Vielfaches geschätzt.

Der Landtag verurteilt jegliche Form von Gewalt, Diskriminierung und Hassverbrechen gegen LSBTIQ*-Personen auf das Schärfste. Alle Menschen haben das Recht, frei von Gewalt und Angst vor Gewalt zu leben, unabhängig von ihrer sexuellen Orientierung, Geschlechtsidentität oder Geschlechtsausdruck. Gewalttätige Übergriffe auf queere Menschen verletzen nicht nur die individuellen Rechte und die Würde der Betroffenen, sondern stellen auch einen Angriff auf die Grundprinzipien der Gleichberechtigung, Toleranz und Vielfalt dar, auf denen unsere demokratische Gesellschaft aufbaut.

Der Landtag bekennt sich ferner dazu, dass Queerfeindlichkeit weiterhin entschieden bekämpft werden muss, und begrüßt den engen Austausch der Landesregierung mit den einschlägigen Verbänden und Selbstorganisationen, dabei insbesondere den begonnenen Beteiligungsprozess für einen Landesaktionsplan für sexuelle und geschlechtliche Vielfalt in Niedersachsen. Die Landesregierung ist aufgefordert, sich auch weiterhin für die Sicherheit, Sichtbarkeit und Akzeptanz queerer Menschen einzusetzen.

Darüber hinaus bittet der Landtag die Landesregierung zu prüfen, wie Veranstaltende, Polizei und Staatsanwaltschaft noch besser dabei unterstützt werden können, Anfeindungen, Angriffe und Übergriffe auf zukünftigen Veranstaltungen zu verhindern.

Antwort der Landesregierung vom 05.11.2024

Lesben, Schwule, Bisexuelle, trans*, inter*, nicht-binäre und queere Menschen (LSBTIQ*) sind Teil unserer Gesellschaft. Sie sollen in Niedersachsen frei, selbstbestimmt und ohne Angst leben können. Dabei setzt ein professioneller Umgang mit diesen Anforderungen zunächst voraus, dass Diversität als Wert anerkannt wird. Auch der individuellen sozialen Kompetenz kommt eine herausragende Bedeutung zu. Es geht dabei immer auch um eine Sensibilisierung für die Prägung anderer und für die situative Wahrnehmung. Seit dem Jahr 2019 ist in Niedersachsen ein stetiger Anstieg der Straftaten gegen lesbische, schwule, bisexuelle, trans-, intergeschlechtliche und queere Personen zu verzeichnen. Straftaten, denen eine politisch motivierte Tathandlung im Sinne des Definitionssystems Politisch motivierte Kriminalität (PMK) zugrunde liegt, werden im Rahmen des bundeseinheitlichen Kriminalpolizeilichen Meldedienstes in Fällen Politisch motivierter Kriminalität (KPMD-PMK) erfasst und dargestellt. Die Erfassungskriterien des KPMD-PMK sowie der zugehörige Themenfeldkatalog des Bundeskriminalamtes unterliegen einer fortlaufenden Überprüfung. So ist im Jahr 2020 das Merkmal „Geschlecht/Sexuelle Identität“ im KPMD-PMK zusätzlich zum Merkmal „Sexuelle Orientierung“ aufgenommen worden. Im Jahr 2022 kam das Merkmal „Geschlechtsbezogene Diversität“ hinzu. Insofern besteht die Möglichkeit, Straftaten, die sich gegen queere Personen richten, statistisch detailliert zu erfassen und über die PMK-Statistik darzustellen. In den Themenfeldern „Geschlechtsbezogene Diversität“ sowie „Sexuelle Orientierung“ ist im Jahresvergleich 2022/ 2023 ein deutlicher Anstieg der gemeldeten Straftaten zu verzeichnen. Im Themenfeld „Geschlechtsbezogene Diversität“ wurden 2022 insgesamt 44 Fälle erfasst, 2023 waren es 93. Im Themenfeld „Sexuelle Orientierung“ wurden 2022 74 Taten und für 2023 127 Taten gemeldet.

Lesbische, schwule, bisexuelle, trans* und intergeschlechtlich geborene Menschen sind Teil einer Gesellschaft, in der sich Ablehnung und Diskriminierungsfälle häufen. Umso wichtiger sind die vielen Maßnahmen, die die Akzeptanz gegenüber queeren Menschen steigern und die Gruppe selbst weiter empowern sollen. Die Christopher-Street-Day-Demonstrationen finden in Gedenken an die Aufstände von queeren Menschen in der Bar Stonewall Inn in der Christopher Street in New York statt. 1969 kam es hier zu Aufständen gegen gewalttätige Razzien in Lokalen mit queeren Zielgruppen. In Gedenken an diesen Emanzipationsschritt werden in verschiedenen Städten Christopher-Street-Days (CSD) organisiert, an dem die Teilnehmenden ihre Vielfalt zeigen und feiern und auf noch immer bestehende politische Ungerechtigkeiten und Diskriminierungen hinweisen.

Wie der Entschließungsantrag eindrücklich beschreibt, kam es 2023 beim CSD in Hannover - aber auch bei anderen niedersächsischen CSDs - zu Hasskommentaren und Beleidigungen und körperlichen Übergriffen auf Teilnehmende. Der Landtag hat beschlossen, diesen queerfeindlichen Übergriffen entschieden zu begegnen und hat die Landesregierung dazu aufgefordert, zu prüfen, wie Veranstaltende, Polizei und Staatsanwaltschaft noch besser dabei unterstützt werden können, Anfeindungen, Angriffe und Übergriffe auf zukünftigen Veranstaltungen zu verhindern.

Den niedersächsischen Staatsanwaltschaften obliegt die Verfolgung von Straftaten. Dabei haben sie für die Rechtmäßigkeit, Gründlichkeit und Beschleunigung des Ermittlungsverfahrens zu sorgen (vgl. § 160 Strafprozessordnung).

Die Verhinderung von Straftaten „auf zukünftigen Veranstaltungen“ als in die Zukunft gerichtete Prävention gehört hingegen nicht zu ihren originären Aufgaben. Diese obliegt vielmehr vornehmlich den auf Grundlage des Gefahrenabwehrrechts handelnden Behörden. Konsequente Strafverfolgung wirkt jedoch zugleich auch abschreckend und kann damit auch Straftaten mittelbar verhindern. Daher wird der Schutz queerer Menschen bereits in der bestehenden Strafverfolgungspraxis der Staatsanwaltschaften berücksichtigt. Bei der Bearbeitung von Ermittlungsverfahren zum Nachteil queerer Menschen sind insbesondere die gemeinsamen Hinweise der drei niedersächsischen Generalstaatsanwälte vom 27.05.2019 zur Anwendung von Einstellungsvorschriften zu berücksichtigen. Dort ist bestimmt, dass Ermittlungsverfahren nicht aus Opportunitätserwägungen eingestellt werden sollen, wenn die Straftat aus menschenverachtenden Beweggründen und Zielen begangen worden ist. Hierunter fallen auch erkennbar queerfeindliche Sachverhalte.

Auch im nachfolgenden Strafverfahren können queerfeindliche Motive bei der Strafzumessung durch den Tatrichter angemessen Berücksichtigung finden. So sieht § 46 Abs. 2 Satz 2 des Strafgesetzbuchs (StGB) in der derzeit geltenden Fassung eine Berücksichtigung geschlechtsspezifischer, gegen die sexuelle Orientierung gerichteter oder sonstiger menschenverachtender Beweggründe und

Zielen des Täters bei der Strafzumessung vor. Auch die Staatsanwaltschaften sollen die in § 46 Abs. 2 Satz 2 genannten Strafzumessungstatsachen bei ihren Entscheidungen - etwa den Anträgen zum Strafmaß - berücksichtigen. Zwar sind „geschlechtsspezifische und gegen die sexuelle Orientierung gerichtete“ Beweggründe erst durch Gesetz vom 26.07.2023 (BGBl. Nr. 203) mit Wirkung ab dem 01.10.2023 ausdrücklich in § 46 Abs. 2 Satz 2 StGB aufgenommen worden, konnten jedoch bereits zuvor als „sonstige menschenverachtenden Beweggründe“ im Sinne von § 46 Abs. 2 Satz 2 StGB strafschärfend berücksichtigt werden (Bundestagsdrucksachen 20/5913 S. 19, 19/17741 S. 19).

Um ein klares Zeichen gegen Hasskriminalität im Hinblick auf Frauen und LSBTIQ*-Personen zu setzen, hat sich der Bundesgesetzgeber mit dem Gesetz vom 26.07.2023 bewusst dazu entschlossen, geschlechtsspezifische, gegen die sexuelle Orientierung gerichtete oder sonstige menschenverachtende Beweggründe und Ziele ausdrücklich in den Katalog des § 46 Abs. 2 Satz 2 StGB aufzunehmen (Bundestagsdrucksache 20/5913 S. 19).

Einen wichtigen Beitrag zur Verhinderung künftiger Übergriffe leistet insbesondere die konsequente Strafverfolgung von queerfeindlichen Äußerungsdelikten im Internet. Unter anderem verbaler Hass im Netz bildet den Nährboden für realweltliche Übergriffe. Die Täter müssen spüren, dass ihre Taten in der scheinbaren Anonymität des Internets nicht folgenlos bleiben. Dies kann nur gelingen, wenn Straftaten auch zur Anzeige gebracht werden. Hierzu leistet die Zentralstelle zur Bekämpfung von Hasskriminalität im Internet bei der Staatsanwaltschaft Göttingen einen wertvollen Beitrag. Unter der Webadresse „www.hassanzeigen.de“ können entsprechende Straftaten mit sehr geringem Aufwand - wenn gewünscht auch anonym - zur Anzeige gebracht werden. Damit wird denjenigen Betroffenen, Zeuginnen und Zeugen geholfen, die sich bisher aus Angst vor der Reaktion des Täters nicht zu einer Anzeige entschließen konnten.

Die Staatsanwaltschaften haben die konsequente Verfolgung von queerfeindlichen Straftaten im Blick und leisten mit ihrer Arbeit einen relevanten Beitrag zum Schutz queerer Menschen.

Wenngleich die Förderung von Akzeptanz verschiedener sexueller Orientierungen und geschlechtlicher Identitäten eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist, kommt der Polizei hinsichtlich des Schutzes von LSBTIQ*-Personen und insbesondere des Aufbaus von Vertrauen in die Polizei als Schutzinstitution für LSBTIQ*-Personen eine besondere Bedeutung zu. Dieser ist sich die Polizei Niedersachsen bewusst und stellt sich erfolgreich den Herausforderungen, die sich aus einer zunehmend diversen Gesellschaft ergeben.

Vor diesem Hintergrund ist es ein wichtiges Ziel der Aus- und Fortbildung der Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten, dass diese mit allen polizeilichen Situationen, unabhängig von kulturellen und gesellschaftlichen Einflüssen, souverän umgehen können. Die Grundlagen dafür werden bereits in dem komplexen, interdisziplinär aufgebauten Bachelorstudiengang der Polizeiakademie gelegt. In diesem werden die Grundsätze zum Aufbau und Verfestigen der persönlichen und sozialen Kompetenzen umfassend vermittelt, wobei der Umgang mit unterschiedlichen Personengruppen kein konkret ausgewiesener Bestandteil des Curriculums ist. Dies schließt allerdings nicht aus, dass die Kommunikation und der Umgang mit verschiedensten Personenzusammenschlüssen im Einzelfall (z. B. im Rahmen der Kommunikationstrainings) angesprochen und fortgebildet werden.

Das Landespolizeipräsidium hat bei der Berücksichtigung der Belange von intergeschlechtlichen Menschen und Transpersonen Handlungsbedarfe im Bereich der „Erhöhung der Sichtbarkeit“ sowie der „Steigerung der Handlungssicherheit im Umgang“ mit diesem Personenkreis erkannt. Vor diesem Hintergrund wurde im Jahr 2020 eine „Handlungsempfehlung zum polizeilichen Umgang mit transidenten und intergeschlechtlichen Personen“ nebst Anlagen erstellt. Mithilfe dieser Dokumente sollen die Mitarbeitenden über die aktuelle Rechtslage informiert und somit ein professionelles Verhalten gegenüber diesem Personenkreis gefördert werden. Weiterhin ist anzumerken, dass das Landespolizeipräsidium sich bereits seit Jahren aktiv mit dem Themenkomplex Diversität auseinandersetzt. Demnach wurde bei der Einführung der polizeieigenen Strategie 2020 bzw. der Folgestrategie 2027 das strategische Ziel „Wir ermöglichen und leben Diversität“ definiert und mit zahlreichen strategischen Maßnahmen hinterlegt.

In diesem Zusammenhang wurde u. a. der Leitfaden „Ansprechpersonen für LSBTI bei der Polizei des Landes Niedersachsen“ im Jahr 2023 aktualisiert und weiterentwickelt. Das daraus entwickelte

„Konzept LSBTIQ“, welches im Oktober 2023 veröffentlicht wurde, soll dazu beitragen, das Vertrauen von LSBTIQ*-Personen in die Polizei auszubauen und damit mittelbar auch das Dunkelfeld zu erhellen. Übergeordnetes Ziel ist es, dass die Polizei einen wichtigen Beitrag dazu leistet, ein gewaltfreies Klima für LSBTIQ*-Menschen zu schaffen und zu erhalten. Dazu steht die Polizei entschlossen an der Seite der queeren Menschen und bekämpft Hasskriminalität in Niedersachsen konsequent und mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln. Bei der Polizei sind Ansprechpersonen (AP) LSBTIQ bestellt. Diese AP LSBTIQ und die Landeskoordination LSBTIQ sind kompetente Ansprechpersonen für LSBTIQ*-Menschen innerhalb und außerhalb der Polizei.

Die Polizeibehörden und die Polizeiakademie bestellen für ihren Zuständigkeitsbereich eine oder mehrere AP LSBTIQ im Haupt- oder Nebenamt mit einer Gesamtfreistellung von bis zu einer Vollzeiteneinheit. Zusätzlich zu den AP LSBTIQ wird die Landeskoordination LSBTIQ hauptamtlich wahrgenommen. Die Landeskoordination LSBTIQ koordiniert und unterstützt die AP LSBTIQ bei ihren Aufgabenwahrnehmungen. Die Polizeibehörden und die Polizeiakademie Niedersachsen können zur Unterstützung der AP LSBTIQ nebenamtliche Multiplikatorinnen und Multiplikatoren LSBTIQ in den Polizeidienststellen und Organisationsbereichen benennen. Es findet ein regelmäßiger Austausch zwischen dem Landeskoordinator und dem zuständigen Referat im Landespolizeipräsidium statt.

Das genannte „Konzept LSBTIQ“ soll das Vertrauen in die Polizei erhöhen. Darüber hinaus soll eine Fach- und Meldestelle Queerfeindlichkeit beim Queeren Netzwerk Niedersachsen (QNN) etabliert werden, um auch zivilgesellschaftlich gewaltbetroffenen queeren Menschen zur Seite zu stehen und um das Dunkelfeld weiter zu erhellen. Hier steht das Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Gleichstellung in vertrauensvollem Austausch mit dem QNN, um diesen Prozess zu begleiten und zu unterstützen.

In diesem Jahr findet am 12.11.2024 erstmalig der Fachkongress LSBTIQ und Diversität der Polizei statt, welcher in Kooperation mit der Polizeidirektion Hannover, der Zentralen Polizeidirektion und der Polizeiakademie entstanden ist. Diese Plattform bringt Expertise aus polizeilicher Praxis, Politik, Wissenschaft und Vertretungen aus der Zivilgesellschaft zusammen, um Chancen und Herausforderungen im Zusammenhang mit LSBTIQ*-Rechten, Diversitätssensibilität und Demokratieschutz zu diskutieren und sich auszutauschen. Dabei sollen insbesondere Erkennungsmöglichkeiten für Queerfeindlichkeit und Perspektiverweiterungen für Queere Lebensrealitäten in Workshops erarbeitet werden.

Das Projekt „Fach- und Meldestelle Queerfeindlichkeit“ befindet sich noch in der Konzeptionierungsphase, ein entsprechender Zuwendungsantrag wurde bereits angekündigt. Es ist beabsichtigt, diese Stelle professionell aufzubauen, zu bewerben und im Jahr 2025 - vor allem während der nächsten Pride-Saison - für Niedersachsen mit seinen qualitativen Angeboten bereit zu stehen.

Geplant ist zunächst eine modellhafte Umsetzung bis zum 31.12.2025. Durch Schulung und Information von Opfer- und Betroffenenberatungsstellen, Institutionen und Fachkräften sowie Öffentlichkeitsarbeit zum Thema Queerfeindlichkeit werden relevante Stellen, die queere Community selbst und die Öffentlichkeit zu dem Thema sensibilisiert und informiert. Die Fachstelle wird ebenfalls einen strukturierten Dialog zwischen Strafverfolgungsbehörden und queerer Community anstreben, um insbesondere die Anzeigebereitschaft bei queerfeindlichen Vorfällen zu erhöhen und einen Beitrag zum „Konzept LSBTIQ“ zu leisten. Ein weiterer Schwerpunkt des Projektes ist eine zivilgesellschaftliche und niedrigschwellig zugängliche Meldestelle für queerfeindliche Vorfälle, ebenfalls um das hohe Dunkelfeld von nicht-angezeigten queerfeindlichen Straftaten zu erhellen. Hierbei kann auf eine durch das Queere Netzwerk Nordrhein-Westfalen (NRW) entwickelte Online-Meldestelle zurückgegriffen werden, die für Niedersachsen kostengünstig übernommen und adaptiert werden kann. Das Projekt ist als ergänzendes zivilgesellschaftliches Gegenstück zu staatlichen Maßnahmen positioniert.

Die Landesregierung steht für ein pluralistisches und offenes Weltbild ein und legt daher besonderen Wert auf den Schutz der LSBTIQ*-Community. Zur Eindämmung von Anfeindungen und Gewalttaten, auch im Zuge von Versammlungen und Veranstaltungen, setzt die Polizei bei entsprechenden Versammlungslagen und Veranstaltungen Kräfte im erforderlichen Umfang ein, um auch gegen jegliche Form von Hasskriminalität niedrigschwellig und konsequent einzuschreiten. Für die Polizei ist ein

enger Austausch mit Ansprechpersonen der LSBTIQ*-Community bei Versammlungslagen von hoher Bedeutung, um insbesondere gegen potenziell Störende frühzeitig vorgehen und die Versammlung bestmöglich schützen zu können.

Für das Jahr 2024 wurden zusätzliche Mittel über die politische Liste für den Gewaltschutz bereitgestellt. Bei insgesamt 13 Demonstrationen konnten Gewaltschutzkonzepte, Awarenesssteams und zusätzliche Sicherheitsdienste eingesetzt werden. Darüber hinaus wird auch ein Selbstverteidigungskurs für Queers und Frauen auf dem Land umgesetzt. Neben diesen Maßnahmen wurden queere Menschen ebenfalls durch kontinuierliche Beratungsangebote unterstützt und empowered. Gerade in Bezug auf Hasskriminalität ist die Gruppe der trans*, inter* und nicht-binären Menschen besonders vulnerabel aufgestellt und im besonderen Maße von Vorfällen betroffen. Eine empowernde Beratung beugt zwar keinen Taten von Hasskriminalität vor, unterstützt jedoch die Resilienz der benannten Gruppe gegenüber Gewalt- und Hassereferenzen. Diese Angebote finden sich meist in Queeren Zentren wieder, weshalb der Erhalt eben dieser Safe-Spaces für die queere Community unerlässlich ist. Diese Orte haben sich als wichtige erste Anlaufstelle etabliert, um in einen Erfahrungsaustausch einzutreten sowie zur Selbststärkung und -ermächtigung der benannten besonders vulnerablen Gruppen.

Um Gewalt gegen queere Menschen in Niedersachsen qualifiziert zu begegnen ist ein kompetentes Netz verschiedener Behörden und Gruppen aktiv. Das neue Projekt sowie die bestehenden Angebote miteinander zu vernetzen und den Austausch und die Zusammenarbeit weiter zu fördern, wird den Schutz der Gruppe der LSBTIQ*-Personen aller Wahrscheinlichkeit nach maßgeblich erhöhen und die Anzahl der Übergriffe - auch bei CSD-Demonstrationen - senken. Die Zusammenarbeit von zivilgesellschaftlichen queeren Trägerstrukturen, Ministerien, Polizei und Staatsanwaltschaft bleibt aktiv und begegnet weiterhin entschieden Straftaten gegen vulnerable Gruppen.

Gesellschaftliche Aufklärung, Sensibilisierung für unterschiedliche Lebensmodelle und eine grundlegende Akzeptanzsteigerung innerhalb der Gesamtgesellschaft tragen ihr Übriges bei.